

Stärke, Solidarität und Verantwortung in der Demokratie

Neujahrsansprache des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler am 5. Januar 2023 im Sächsischen Landtag

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtags,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich im neuen Jahr und ich hoffe, Sie haben die Weihnachtstage angenehm verbringen können.

Wir sind mit unserem traditionellen Neujahrsempfang zurück in der Lobby des Landtags. Es möge also bitte niemand sagen, die guten, die vertrauten Dinge kehrten nicht wieder.

Weihnachtsmärkte, Bergparaden, Mettenschichten, Weihnachtsfest und Jahreswechsel im Kreise der Familien und Freunde: das alles hatten wir in den vergangenen Jahren schmerzlich vermisst, aber es ist wiedergekehrt. Wie sollte es auch anders sein!

Verehrte Gäste, ich freue mich sehr über die Anwesenheit so vieler Mitglieder der Staatsregierung und des Verfassungsgerichtshofes, der Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie des Konsularischen Korps. Ich grüße die Vertreter der Landkreise und Städte unseres Freistaates, unserer Polizei, der Bundeswehr sowie der Medien. Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

Meine Damen und Herren, wir alle stehen heute aber auch hier in der Lobby unseres Landtags, weil sich die Menschen 1989 in der Friedlichen Revolution für Freiheit, für Demokratie und – das sollten wir nie vergessen – für Wohlstand entschieden. Wir stehen auch hier, weil wir damals eine verantwortungsvolle internationale Unterstützung erfahren haben sowie eine riesige Solidarität innerhalb unserer deutschen Nation.

Stärke und Solidarität und Verantwortung – darum ging es einst und darum geht es heute.

Bis wenige Tage vor Weihnachten herrschte im Hohen Hause emsiges Treiben. Die Abgeordneten haben mit Mehrheit den Doppelhaushalt 2023/2024 beschlossen und damit die finanziellen Grundlagen für die Politik der kommenden beiden Jahre im Freistaat Sachsen gelegt. Ich danke allen, die an diesem wichtigen Haushalt mitgewirkt haben, die konstruktiv ihre Ideen eingebracht haben, allen voran den Fraktionen.

Sachsen, ich erlaube mir die Bemerkung, bleibt mit diesem Doppelhaushalt angesichts der vielen Herausforderungen handlungsfähig. Zugleich verlässt Sachsen nicht den Pfad solider Finanzpolitik. Ein generationengerechter Landeshaushalt ist ein parlamentarischer Erfolg und steht für eine verantwortungsvolle Politik. Mit dieser Zuversicht können wir ins neue Jahr starten.

Stärke, Gemeinsinn und Verantwortung stehen im Mittelpunkt des sächsischen Budgets. Mir ist besonders wichtig: Mit diesem Doppelhaushalt überfordern wir unseren Staat nicht! Was in der momentanen Situation nur klug ist, wo wir doch auf Bundesebene Gefahr laufen, durch ausufernde Ausgabensteigerungen den Staat über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu expandieren. Energiepolitik, Migrationspolitik, Sozialpolitik, Sicherheitspolitik – das alles muss heute und auch künftig unter einen finanziellen Hut.

Meine Damen und Herren, der Staat darf sich nicht überfordern und wir dürfen den Staat nicht überfordern! Vor allem aber darf der Staat die Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern.

Das muss uns leiten, gerade in einer derart aufreibenden Zeit voller äußerer und innerer Unsicherheiten. Den Lauf der Welt, so hat man das Gefühl, bestimmen mehr denn je Krisen. Aber, das ist die gute Nachricht, unsere Demokratie hat starke Institutionen, um damit fertigzuwerden. Das haben die vergangenen Jahre bewiesen. Wir haben die Verfahren zur vielfältigen Problemlösung. Wir müssen nur offen sein und mit aufgeklärtem Selbstverständnis die Möglichkeiten annehmen, die unsere parlamentarische Demokratie uns bietet.

Keine Heilsversprechen zeichnen eine Demokratie aus, wohl aber das Versprechen, geordnet und zivilisiert auf Krisen zu reagieren, und zwar bestmöglich zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Ich betone es immer wieder: Die Sachsen wollen Stabilität, Wohlstand, Sicherheit und Freiheit in ihren Lebensverhältnissen. Zweifelsohne können wir ihnen das nicht garantieren, niemand kann das seriös, niemand kann Wunder vollbringen, aber wir können alles in unserer Macht Stehende dafür tun. Die Menschen wollen ihre Lebensleistungen durch ihre politischen Repräsentanten verlässlich verteidigt wissen. Sie wollen Ermöglichung, nicht Verhinderung, Freiheit, nicht Verbote, Respekt, nicht Herablassung. Sie wollen nicht ohnmächtig zusehen müssen, wie der Staat ein ums andere Mal in ihr Leben eingreift.

Dafür braucht es bei den politisch Verantwortlichen einen realistischen Blick auf die Welt, einen Blick der nicht verabsolutiert, sich nicht nur hehren Ideen verschreibt, der es sich aber auch nicht zu einfach macht. Verantwortliche Politik bleibt dabei seriös, hört zu, erklärt und ringt mutig um zukunftsfeste Lösungen. Ich danke allen von Ihnen, die das wieder und wieder tun – allen voran unserem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer.

Die Menschen sind nun einmal wie sie sind, andere gibt's nicht, hat Konrad Adenauer einmal so schön gesagt. Wenn sie politische Entscheidungen kritisieren, dann ist das legitim, ungeachtet der Frage, ob es gerechtfertigt ist oder nicht. Wenn die Bürgerinnen und Bürger soziale, ökonomische, kulturelle Verlustängste hegen, dann ist es die Aufgabe verantwortlicher Politik, dies zu thematisieren. Und wenn sich dann die Verlustängste konkretisieren, wie das momentan angesichts einer hohen Inflation passiert, dann ist es höchste Zeit, um politisch auf allen Ebenen kraftvoll zu handeln.

Bismarck sagte einmal den Deutschen – nicht nur den Sachsen – „eine starke Neigung zur Unzufriedenheit“ nach. Er hatte da wohl ganz recht. Nur dürfen wir im Nebel der ständigen Nörgelei nicht unsere Sensorik dafür verlieren, wenn es wirklich ernst wird.

Das tiefe Misstrauen in unsere Demokratie, das uns seit Jahren begegnet, ist für mich so ein Indikator für unversöhnliche Unzufriedenheit. Sie baut sich immer mehr auf, die Gräben in unserer Gesellschaft werden breiter und tiefer. Viel zu viele trauen der Demokratie nichts mehr zu. Nach dem Jahresbericht des Ostbeauftragten zeigen sich noch 59 Prozent der Westdeutschen und nur 39 Prozent der Ostdeutschen mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert, zufrieden.

Meine Damen und Herren, Menschen merken, wenn an ihren Interessen vorbei gehandelt wird. Sie merken, wenn der Kurs schlingert, wenn wuchtige Begriffe schwache Politik übertünchen. Vor allem aber merken die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie am Ende die Rechnung bezahlen müssen.

Wir erleben aber auch eine starke, eine freie Bürgergesellschaft. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sprach im Oktober in seiner Rede an die Nation von den „widerstandskräftigen Bürgern“, die es im Angesicht der aktuellen „Zeitenwende“ brauche. So wie Staat und Politik stark, solidarisch und verantwortungsvoll sein müssen, so zählen diese Eigenschaften auch in unserer freien Bürgergesellschaft.

Apropos „Zeitenwende“: Es darf kein Gewöhnungszustand sein, dass in Europa ein Krieg tobt! Neben unserem Mitgefühl und unserer Solidarität mit den Menschen in der Ukraine verbinden sich für mich damit zwei Prinzipien – erstens: das vereinte, das friedliche und freie Europa ist in unserem ureigenen Interesse; zweitens: nur Stärke vermag Freiheit und Demokratie wirkungsvoll zu sichern.

Das heißt für uns konkret, wir müssen unsere eigene Stärke erhalten und ausbauen. Nie dürfen wir denken, Frieden, Freiheit und Wohlstand seien selbstverständlich. Keinesfalls dürfen wir den Anschluss verlieren. Allen voran gilt das für unsere Wirtschaft, die vom großen Industriebetrieb bis hin zu den kleinen und mittleren Unternehmen auf eine verlässliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung angewiesen ist. Aber auch die Systeme der inneren und der äußeren Sicherheit müssen leistungsfähig sein. Allein dann kann auch unsere Demokratie stark und entschlossen handeln, dann können wir anderen beistehen.

Wobei ich mit leistungsfähig nicht groß oder teuer meine, sondern effektiv und effizient. Eine neue Kultur des Wesentlichen in Verbindung mit einer Praxis der Verhältnismäßigkeit ist angebracht. Weg vom pauschalen „Wumms“ und „Rumms“, weg von Blümenträumen oder Denkverboten, hin zu klaren Antworten auf die Fragen: Was hilft uns heute? Was macht uns künftig stärker? Kurzum: Was dient unseren Interessen? Was dient unseren europäischen, deutschen und sächsischen Interessen?

Denn Russlands Krieg in der Ukraine ist es nicht allein, was uns alle vor gewaltige Herausforderungen stellt. Laut dem namhaften Politologen Peter Graf Kielmansegg stehen wir aktuell an einer „Epochenschwelle“ hin zu neuen universalen Entwicklungen: es rollt eine „globale Kommunikationsrevolution“, der „Aufstieg Chinas zur Weltmacht mit dem Potenzial zur Weltdominanz“ ist in vollem Gange und die Klimakrise erfordert eine globale Kooperation ungekannten Ausmaßes.

Meine Damen und Herren, mehr und mehr leben wir in einer „Welt ohne Präzedenzfälle“, in der wir mit neuen Phänomenen umgehen müssen, ohne auf historisch Vergleichbares zurückgreifen zu können. Geschichte kehrt manchmal zurück, prinzipiell aber ist sie eben offen. Das neue Jahr wird uns wieder überraschen, das steht fest. Es wird Haken schlagen, die wir nicht vorhersehen, auf die wir aber als erfahrene Demokratie mit Stärke, Gemeinsinn und Verantwortung reagieren können. „Alles fließt“, „Panta rhei“, das wussten schon die alten Griechen. Den Strom der Geschichte können wir nicht lenken, aber wir können sehr wohl in ihm steuern und Kurs halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, der Sekt ist jetzt warm, ich komme zum Schluss. Ich wünsche Ihnen allen ein glückliches, gesundes, erfolgreiches und friedvolles Jahr 2023; und selbstverständlich viel Kraft und Stärke für das, was das neue Jahr für uns bereithält. Lassen Sie uns nach vorn schauen!

Vielen Dank.